

Nord-Süd Info-Dienst



Nr. 99-2009, Januar 2009

Inhalt:

**Der Nahost-Konflikt:
Die Lösung liegt auf der Hand,
einseitige Solidarität hilft jedoch keiner Seite**
von Niels Annen MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstandes

**Energie aus Biomasse – Chance für Entwicklung und Klimaschutz
oder Gefahr für Biodiversität und Ernährung?**
von Gabriele Groneberg MdB

Entwicklung nur mit den Frauen
von Christel Riemann-Hanewinckel MdB

Termine:

Freitag, 20. 3. 2009, 18.00 - 19.30 Uhr
Forum Eine Welt NRW:

Wirtschafts- und Finanzkrise - Acht Gebote für eine gerechte Globalisierung
mit **Heidmarie Wieczorek-Zeul** MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung, und **Achim Post**, stellv. SPD-Bundesgeschäftsführer / SPD-Bundestagskandidat
Minden-Lübbecke

Impressum:

SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus,

Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Tel: 030 - 25991 - 125 / -357

Fax: 030/ 25 99 15 95

E-Mail: Konstantin.Woinoff@spd.de

Angelika.Mate@spd.de

www.forumeinewelt.de

Redaktion: Konstantin Woinoff, Angelika Máté

ISSN: 1865-4843

Der Nahost-Konflikt: Die Lösung liegt auf der Hand, einseitige Solidarität hilft jedoch keiner Seite

von Niels Annen MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstandes



Man kann angesichts der Eskalation zwischen Israel und der palästinensischen Hamas nicht oft genug daran erinnern: Der Israel-Palästina-Konflikt kann nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden. Es stellt sich daher in diesen Tagen nicht nur mir die Frage, wie eine Offensive, wie sie Israel im Gaza-Streifen durchführt, überhaupt erfolgreich sein kann. Trotzdem müssen mit jedem weiteren Tag nicht nur die Hamas, sondern angesichts der Bevölkerungsdichte des Gaza-Streifens auch Kinder, Frauen und auch männliche Zivilisten mit ihrem Leben bezahlen. Ich stelle nicht das israelische Selbstverteidigungsrecht in Frage, denn zu den zivilen Opfern gehören auch die traumatisierten Bewohner der israelischen Orte, die seit Jahren unter dem Beschuss durch Raketen der Hamas leiden. Aber Israel hat wie alle Kriegsparteien und erst recht nach dem Einmarsch nach Gaza die Verpflichtung, das Leben von Zivilisten zu schützen.

Es ist dies nicht der Ort und nicht die Zeit, die Schuldfrage zu stellen. Wie könnten in einem Konflikt, der die Region seit über 60 Jahren prägt, noch Ursache und Wirkung bestimmt werden? Es ist Knut Dethlefsen zuzustimmen, der sich als Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten bemüht, uns in Abwesenheit von internationalen Journalisten und damit in Ermangelung einer objektiven Medienberichterstattung mit Informationen über die Entwicklungen im Gaza-Streifen zu versorgen. Er weist darauf hin, dass auch die internationale Gemeinschaft viel Schuld trifft, hat sie doch seit Beginn der Offensive keine ausreichenden Bemühungen um Vermittlungen gezeigt. Ich würde sogar noch weitergehen: Die internationale Gemeinschaft hat durch das von US-Präsident Bush geschaffene politische Vakuum die letzten Jahre vergeudet. Dadurch wurden radikale Kräfte nur noch weiter gestärkt.

Dabei liegt die Lösung seit langem auf der Hand. Volker Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik hat sie in der Süddeutschen Zeitung nochmals auf den Punkt gebracht, als er vergangene Woche schrieb: „Nur eine Rückkehr zu glaubwürdigen Verhandlungen über die Grenzen Israels und des palästinensischen Staates, über Jerusalem, die Siedlungen und die Flüchtlinge wird die Hamas und den iranischen Einfluss schwächen“. Doch dazu bedarf es nicht nur eines dezidierten politischen Willens der USA, auf deren gewählten Präsidenten Barack Obama nun große Erwartungen gerichtet sind. Auch die Europäische Union muss zu einer einheitlichen Position finden. Dass die 27 Mitglieder dazu nicht in der Lage sind, haben die Äußerungen der tschechischen Ratspräsidentschaft allzu eindrucksvoll gezeigt.

In den vergangenen Tagen haben europaweit Tausende von Menschen für ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen demonstriert. Doch selten taten sie dies in gemeinsamer Anklage beider Kon-

fliktparteien. Gerade in Deutschland gab es Demonstrationen für Palästina einerseits und für Israel andererseits. Dabei sind weder die einen noch die anderen nur als Opfer oder nur als Täter zu betrachten. Wenn überhaupt müssen, wie Joschka Fischer klargestellt hat, die politischen Eliten beider Seiten angeklagt werden, die unfähig oder unwillig waren, ihren Anhängern zu vermitteln, dass es keine politische Alternative zu einer beidseitigen Anerkennung der Grenzen von 1967 geben kann. Selbst der scheidende israelische Premierminister Ehud Olmert hat sich in einem Interview Ende letzten Jahres zu dieser überfälligen Erkenntnis durchgerungen. Bisher jedoch ohne erkennbare Folgen.

Die Frage, die sich die deutsche Sozialdemokratie und die Bundesregierung als Ganzes stellen muss, ist daher, wie wir die Konfliktparteien auf diesem schwierigen Weg zur Waffenruhe und ultimativ zu einer Friedensregelung unterstützen können. Einseitige Solidaritätsbekundungen, wie wir sie von Vertretern aller deutschen Parteien zu hören bekommen, sind unangebracht und schränken unseren Handlungsspielraum unnötig ein. Klar ist, dass oberste Priorität derzeit die Schaffung eines schnellstmöglichen Waffenstillstands sein muss. Die Initiative von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, gerade den unmittelbaren Nachbarn Ägypten mit technischer Hilfe und Ausbildern bei einer besseren Grenzkontrolle zu unterstützen, ist daher absolut richtig. Denn die effektive Eindämmung des Waffenschmuggels ist, wie er mit Recht feststellt, die Schlüsselfrage für den Übergang von einer humanitären Waffenruhe zu einem permanenten Waffenstillstand. Dieser Vorschlag ist zudem geeignet, Ägypten wieder stärker zur Verantwortung zu ziehen, der sich das Land trotz seiner geographischen wie politischen Schlüsselfunktion zunehmend entzogen hat.

Auch andere regionale Akteure müssen verstärkt in die Erarbeitung von Lösungsszenarien involviert werden. Vertrauensbildende Maßnahme wie eine „Konferenz für Sicherheit und Entwicklung im Nahen Osten“ unter dem Dach der Vereinten Nationen wären ein möglicher Schritt. Nur durch die Einbindung aller Akteure können angemessene komplexe und langfristige Strategien entwickelt werden. Die Konferenz von Annapolis, bei der es durch deutsche Vermittlung auch gelang, Syrien an den Tisch zu bringen, war dafür ein Anfang. Diese Fäden müssen durch die neue US-Administration so schnell wie möglich wieder aufgegriffen werden.

Dabei können Länder wie Saudi-Arabien und die Türkei eine wichtige Rolle spielen, da sie keine Berührungspunkte gegenüber der Hamas haben. Denn uns allen muss klar sein: Jede Lösung, die die Hamas nicht einbezieht, wird instabil sein. Schon lange fordere ich daher, den Dialog auch mit solchen unbequemen Akteuren zu führen. Was im Libanon mit der Hisbollah praktiziert wird, darf in Palästina kein Tabu sein. Oder hat unsere bisherige Politik der Nicht-Kommunikation einer Radikalisierung Einhalt geboten? Erste Gedankenspiele zu einem wie auch immer gearteten Dialog, wie sie aus dem Umfeld von Barack Obama zu vernehmen sind, sollten daher unsere volle Unterstützung finden.

Was kann nun die Sozialdemokratie, was eine verantwortungsvolle deutsche Politik in dieser Lage tun? Ich halte nur wenig von Forderungen nach einer Aufnahme Israels in die NATO oder der jüngsten Debatte über eine deutsche Beteiligung an einer UN-Blauhelmission, wie sie auch in der SPD zu hören sind. Nicht primär wegen unserer deutschen Geschichte, denn die Akzeptanz von deutschen Soldaten durch beide Konfliktparteien muss ohnehin vorab gesichert sein, wie der Libanon-Ein-

satz UNIFIL gezeigt hat. Die Frage ist doch vielmehr, was das Ziel einer solchen Blauhelmission sein soll. Die International Crisis Group hat in ihrer letzten Studie korrekt – und ungleich differenzierter als die deutschen Medien – darauf hingewiesen, dass eine solche Mission zunächst vor allem für die Wahrung der Waffenruhe durch beide Konfliktparteien verantwortlich wäre. Nicht durch eine solche Mission gelöst werden kann jedoch das Problem der Verletzung Gazas durch die komplette Abriegelung nach allen Seiten, die in den Worten der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Sara Roy zu einem de-development von Gaza geführt hat. Wir müssen uns auch davor hüten, durch eine Blauhelmission den Weg für eine Perpetuierung des Zustands der Isolation von Gaza zu ebnen. Nein, Israel, Ägypten, Hamas, Fatah und diverse andere Parteien in diesem Konflikt müssen sich an einer langfristigen und nachhaltigen Lösung beteiligen, an deren Anfang das Ende der Blockade, aber auch das Ende des Waffenschmuggels und des Kassam-Beschusses steht. Die deutsche Politikwissenschaftlerin Helga Baumgarten, die seit Jahren an der palästinensischen Universität Birzeit bei Ramallah lehrt, postuliert mit Recht: „Um reale Grundlagen für den überfälligen Frieden zu schaffen, muss der Teufelskreis der Gewalt verlassen werden. Und das gilt für die israelische Armee ebenso wie für die Hamas“.

Was darauf folgen muss, ist langwierig und kostenintensiv, nicht zuletzt für die internationale Gemeinschaft. Wirtschaftliche Entwicklung des Gaza-Streifens und der West Bank im Rahmen der Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates sind elementarer Bestandteil eines politischen Prozesses, der die legitimen Interessen aller Seiten aufzunehmen hat und daher äußerster Geduld und höchster Diplomatie bedarf. Ich stimme den Jusos zu, die in ihrer Stellungnahme zur aktuellen Lage in Gaza fordern: „Deutschland kann nur dann eine konstruktive Rolle in diesem Konflikt spielen, wenn es sich nicht an die Seite eines Konfliktpartners stellt. Oberste Leitlinie dabei ist, dass alle Schritte mit flankierenden internationalen Maßnahmen ineinandergreifen, koordiniert sind und den vitalen Interessen aller Konfliktparteien direkt oder indirekt zu Gute kommen“.

Dabei sind die umfangreiche finanzielle Förderung des UN-Flüchtlingswerks für Palästina UNWRA durch Deutschland eine wichtige Unterstützung, die gerade in diesen Zeit weiter ausgebaut werden sollte. Auch sollten wir unsere guten Kontakte zu Israel wie zu Ägypten nutzen, um uns für den sofortigen Zugang internationaler Journalisten ins Kriegsgebiet einzusetzen, um eine objektive Berichterstattung zu sichern. Angesichts der zunehmenden Berichte über den Einsatz von Phosphormunition oder so genannter DIME-Munition sollten wir die Forderung der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay nach einer unabhängigen Untersuchungskommission solcher Vorkommnisse unterstützen.

Die hervorragende Arbeit, die Deutschland nicht zuletzt mit Hilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Auswärtigen Amtes im Bereich der Friedenskonsolidierung und Friedenserziehung bereits seit Jahren leistet, ist dabei unbedingt fortzusetzen. Das Willy-Brandt-Zentrum Jerusalem und andere Projekte des Zivilen Friedensdienstes werden gefördert, um mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren zu arbeiten und sie auf dem Weg zu mehr Demokratie zu stärken. Dass eine solche Arbeit in Zukunft auch mit der jungen Bevölkerung von Gaza wieder möglich wird, ist sowohl im palästinensischen als auch im israelischen Interesse. Und damit in unser aller Interesse.

Energie aus Biomasse – Chance für Entwicklung und Klimaschutz oder Gefahr für Biodiversität und Ernährung?

von Gabriele Groneberg MdB



Die Nutzung von Biomasse wird angesichts der Endlichkeit fossiler Ressourcen bei der Sicherung der Energienachfrage eine unerlässliche Rolle spielen. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung schätzt, dass Biomasse bis zum Jahr 2050 rund ein Viertel des globalen Primärenergieverbrauchs abdecken kann. Nicht nur als Biokraftstoff und zur Strom- und Wärmeerzeugung wird Biomasse zukünftig immer stärker genutzt, sondern auch als Rohstoff für chemische und industrielle Produkte. Bereits heute trägt Bioenergie dazu bei, das Klima zu schützen, Rohöl zu sparen und die technologische Entwicklung zu fördern. Kurzum: Als Ersatz für fossile Rohstoffe und als Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen ist Biomasse derzeit alternativlos.

In Anbetracht dieser Tatsache ist es wichtig, dass bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe bestimmte Kriterien eingehalten werden, die Anbau, Transport und Verarbeitung im Sinne der Nachhaltigkeit sicherstellen. Denn nur unter der Bedingung einer nachhaltigen Entwicklung sowohl im Inland als auch im Ausland können negative soziale und ökologische Auswirkungen vermieden werden.

Durch die Debatte über die Nutzungskonkurrenzen, die bisweilen polemisch auf die Gegenüberstellung „Tank oder Teller“ zugespitzt wurde, ist insbesondere die Nutzung der Biomasse als Biokraftstoff in den letzten beiden Jahren immer stärker ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Das Thema Biomasse enthält allerdings viele Facetten – sowohl Chancen als auch Risiken für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer. Um der Komplexität der Thematik gerecht zu werden, ist es daher wichtig, die verschiedenen Aspekte im Blick zu behalten, wenn wir langfristig ausgewogene Entscheidungen treffen wollen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat frühzeitig mit der Gründung des fraktionsinternen Arbeitskreises „Biomasse“ der Bedeutung der Thematik Rechnung getragen. Zudem hat sie sich intensiv in die Diskussion eingebracht und mehrere Veranstaltungen dazu ausgerichtet. Ein Fachgespräch mit dem Titel „Energie aus Biomasse – Chance für Entwicklung und Klimaschutz oder Gefahr für Biodiversität und Ernährung?“ der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat sich bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt, quasi als Diskussionsauftakt im November 2007, dabei der entwicklungs- und klimapolitischen Ambivalenz der Thematik zugewandt.

Denn einerseits führt die Zunahme der Biomasseimporte aus Schwellen- und Entwicklungsländern zu wünschenswert steigenden Exporterlösen. Chancen zur Armutsminderung bieten sich für diese Länder, da die Biomasseproduktion zu zusätzlicher Wertschöpfung und erhöhter Beschäftigung im ländlichen Raum beitragen kann. Zudem versprechen sich viele Entwicklungsländer von der Biomasseproduktion und ihrer energetischen Nutzung Deviseneinsparung, neue Einnahmequellen durch ein auf dem Weltmarkt nachgefragtes Produkt und einen Beitrag zur Lösung heimischer Energie- und Transportprobleme.

Andererseits ist die Biomasseproduktion auch mit Risiken verbunden - im ökologischen und sozialen Bereich. Zunächst betrifft dies die Frage der Biodiversität und der Klimarelevanz, da z.B. die Umwandlung natürlicher Ökosysteme in neue Anbauflächen erhebliche Mengen an Treibhausgasen freisetzt. Von erheblicher entwicklungspolitischer Relevanz ist die Frage nach der Flächennutzungskonkurrenz, die durch den Anbau von Energiepflanzen entsteht. Es besteht die Gefahr, dass der Anbau von Energiepflanzen zu Nahrungsengpässen bei der armen ländlichen und urbanen Bevölkerung führen kann. Für etwa 1 Mrd. Menschen, die weltweit in absoluter Armut leben, ergeben sich aus diesen Zusammenhängen zusätzliche Risiken für die Ernährungssicherheit. Zudem können sich Konflikte lokaler Konkurrenz um die vorhandenen Wasservorkommen verschärfen. Schon heute besteht in vielen Regionen ein Interessenkonflikt zwischen Trinkwasser für die Bevölkerung, Bewässerungswasser für die Landwirtschaft und Wasser für Kühlungsprozesse in der Industrie.

Um Fehlentwicklungen in den Bereichen Klimaschutz, Biodiversität, Ernährungssicherung und Armutsbekämpfung zu vermeiden, brauchen wir ein wirksames Zertifizierungsinstrument, damit die Nachhaltigkeit beim Anbau und bei der Produktion von Biomasse sichergestellt ist.

Die Bundesregierung hat auf diese Erfordernisse bereits reagiert und im Rahmen des „Meseberg-Programmes“ die sogenannte Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung verabschiedet. Diese wurde bereits Ende 2007 bei der EU-Kommission und der WTO zur Notifizierung vorgelegt.

In dieser Verordnung sind Anforderungen für den Biomasseanbau und das Treibhausgas-Vermindeungspotential festgelegt, die für den Nachhaltigkeitsnachweis erfüllt sein müssen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat sich zuvor intensiv in die Ressortabstimmung eingebracht, um eine Kompatibilität der angestrebten Regelung mit den Bedingungen der Entwicklungsländer zu gewährleisten und um Hürden für den dortigen Biomasseexport zu verhindern.

Innerhalb der EU hat Deutschland eine Vorreiterrolle eingenommen, da wir rechtzeitig eine entsprechende Regelung für nachhaltige Kriterien geschaffen haben. Im nächsten Schritt sollte eine EU-weite Abstimmung über ein harmonisiertes Vorgehen bei der Anerkennung von zertifizierter Biomasse erfolgen. Auf diese Weise wäre zumindest der Import in die EU entsprechenden Kriterien unterworfen. Leider hat sich die Willensbildung auf EU-Ebene verzögert. Die deutsche Verordnung liegt derzeit auf Eis, da eine EU-weite Regelung bis zur Mitte des Jahres erwartet wird.

Nach der Entscheidung über das sogenannte Klimapaket im Europäischen Rat vom 11./12. Dezember

2008, das auch die Regelungen zur Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen enthält, kann nun der Prozess der nachhaltigen Nutzung von Biomasse in die nächste Phase eintreten. Nur wenn es gelingt, innerhalb dieses Prozesses wirksame Zertifizierungsregeln aufzustellen und daraus glaubwürdige Label entstehen zu lassen, ist ein Teil der Lösung erreicht. Dabei streben wir durchaus an, dass Deutschland in der nationalen Umsetzung des EU-Rechts ggf. anspruchsvollere Kriterien festlegt - sofern die EU-Regelung hinter dem Beschluss der deutschen Nachhaltigkeitsverordnung zurückbleiben sollte.

Zurzeit erarbeiten die EU-Kommission auf europäischer Ebene sowie die Welternährungsorganisation (FAO) und das neu ins Leben gerufene Global Bioenergy Partnership (GBEP) auf internationaler Ebene Standards für Bioenergieträger und entsprechende Zertifizierungssysteme. Es ist davon auszugehen, dass die Einführung eines nachvollziehbaren Zertifizierungssystems nicht ohne Probleme sein wird. Zudem wäre es notwendig, dass auch Kleinbauern die Mittel und Kapazitäten erhalten, um an solchen Systemen teilzunehmen.

Aber auch die Bundesregierung ist sich darüber im Klaren, dass in den nächsten Jahren zertifizierte Biomasse nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen wird. Sie zieht daraus die Konsequenz, den Ausbau der Bioenergie langsamer zu gestalten und die Beimischungsquote von Biokraftstoffen zu senken. Sie hat zudem weitere Lösungsvorschläge gemacht. Dazu gehören u.a. die Erhöhung der Mittel für die Biomasseforschung, die Weiterentwicklung der guten fachlichen Praxis in der Land- und Forstwirtschaft und der verstärkte Einsatz von Bioabfällen sowie Abkommen zur Erleichterung von Importen aus Entwicklungsländern, wenn diese einen nachhaltigen Anbau von Biomasse sicher nachweisen können.

Fazit

Entscheidend bei der nachhaltigen Nutzung von Biomasse wird sein, inwiefern wir national, EU-weit und als letzten Schritt international Nachhaltigkeitskriterien definieren und implementieren können.

Unsere anspruchsvollen Anforderungen werden nicht ohne Einfluss auf die Akteure, Anbauregionen und sonstigen Importmärkte bleiben. Im Gegenteil: Damit setzen wir das Signal, dass Bioenergie hierzulande nur zugelassen bzw. gefördert wird, wenn Mindestkriterien eingehalten werden. Der weiteren Rodung von biologisch wertvollen Flächen, um für den Zielmarkt Europa Energiepflanzen anzubauen, wird damit ein Riegel vorgeschoben.

Die Schaffung eines institutionellen Rahmens zur Globalisierung von Standards spielt in Zukunft eine entscheidende Rolle. Um die Einhaltung von Mindeststandards nachweisen zu können, müssen wirksame Zertifizierungssysteme greifen. Mit der Biomassenutzung wollen wir ein weiteres Anheizen des Weltklimas vermeiden, in dem wir Treibhausgase einsparen. Dies darf aber nicht zu anders gelagerten Katastrophen führen, wie Armut, Hunger, Umweltzerstörung oder der Verlust der Artenvielfalt. Gerade beim Thema Biomasse, gilt es in Zusammenhängen zu denken und zu handeln.

Entwicklung nur mit den Frauen

von Christel Riemann-Hanewinckel MdB



Fast die Hälfte aller Menschen sind Frauen. 35 bis 40 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit sind weiblich. Frauen tragen durch ihre Arbeit zum wirtschaftlichen Wachstum ihrer Länder bei. Sie verdienen das Geld, mit dem sie ihre Familien versorgen: Sie kommen für Nahrung und Kleidung, Bildung und Gesundheit der Kinder auf. In der Regel verdienen sie aber durchschnittlich 20% weniger als Männer.

In der Karibik und in Afrika südlich der Sahara sind es Frauen, die 80% der gesamten Nahrungsmittel produzieren. Frauen leisten rund 70% der Arbeit in der Landwirtschaft, verfügen aber nur über ein Achtel der Landtitel.

Durch den täglichen Umgang mit natürlichen Ressourcen verfügen gerade Frauen über umfangreiche Kenntnisse zu genetischer Vielfalt und Formen nachhaltiger Bewirtschaftung.

In Industrie- wie in Entwicklungsländern arbeiten Frauen durchschnittlich deutlich mehr Stunden als Männer, ihre Arbeitszeit wird auf 60 bis 90 Stunden pro Woche geschätzt. Dabei handelt es sich nicht nur um Erwerbsarbeit: Der größte Teil ihrer Arbeit ist unbezahlte Arbeit.

Insgesamt 94,5 der 191 Millionen Migranten sind Frauen. Obwohl sie auch in der Migration deutlich weniger verdienen als Männer, überweisen sie von ihrem geringeren Einkommen einen prozentual höheren Anteil an ihre Familien in der Heimat. Das Geld wird vorrangig in die Gesundheitsversorgung und in die Bildung ihrer Kinder investiert.

Weltweit sind 60% aller Frauen Analphabetinnen. Meist sind es die Mädchen, die den Schulbesuch abbrechen müssen, wenn Eltern das Schulgeld nicht mehr zahlen können oder ihre Arbeitskraft zum Geldverdienen gebraucht wird. Eine Folge des Analphabetismus ist, dass Frauen keinen Zugang zu Informationen haben, sie ihre Rechte nicht kennen und ihnen dadurch gesundheitliche und sexuelle Aufklärung und Beratung vorenthalten werden.

Frauen sind überdurchschnittlich stark von Gesundheitsrisiken bedroht. Über 76% der 15 – 24jährigen HIV-Infizierten sind Frauen. Damit ist der weibliche Anteil der mit HIV-Infizierten in den vergangenen zwei Jahrzehnten von 35 auf rund 50 Prozent gestiegen. Ungefähr 200 Mio. Frauen in Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu wirksamen Verhütungsmitteln, zu frauenspezifischen Gesundheitsdiensten und Behandlungen.

Wenn wir die Entwicklung in den armen und ärmsten Ländern der Welt voranbringen wollen, können wir auf die Frauen, auf ihre Erfahrungen, ihre Kreativität, ihre Kraft, ihren Mut und ihre Einsatzbereitschaft nicht verzichten.

Armutsbekämpfung durch Stärkung der Frauen

Die Millenniumsdeklaration der Vereinten Nationen vom 8. September 2000 und die daraus abgeleiteten acht internationalen Millenniumsentwicklungsziele definieren, auf welchem Weg die Armut bekämpft werden soll. Sie zeigen deutlich, wie wichtig die Rolle der Frauen ist. Ziel 3 fordert explizit die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. In Ziel 5, der Verbesserung der Gesundheit von Müttern, und Ziel 6, der Bekämpfung von Aids, Malaria und anderen Krankheiten, ist die Bedeutung der Geschlechterkomponente deutlich erkennbar. Sie sind durch geschlechtsspezifische Indikatoren ergänzt. Die Ziele 2 und 4, allen Kindern eine Grundschulausbildung zu ermöglichen sowie die Verringerung der Kindersterblichkeit, erreichen wir nur, wenn wir den Status der Frauen und Mütter in Familie und Gesellschaft stärken. In den Millenniumsentwicklungszielen 7, der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, und 8, eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufzubauen, wird die Geschlechterperspektive nicht extra genannt.

Es steht aber außer Frage, dass die Erreichung aller acht Ziele eng mit der Beteiligung von Frauen und der Gleichstellung von Frauen und Männern verknüpft ist. Die neue Kampagne des Deutschen Komitees von UNIFEM „8 Wege, die Welt zu verändern“ stellt dies eindrücklich dar.

Frauenrechte sind Menschenrechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948, die „Dekade der Frau“ der Vereinten Nationen ab 1978 und das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) 1979 waren wichtige Schritte auf dem Weg zur Gleichstellung. Den Durchbruch brachte zum einen die Zweite Weltmensenrechtskonferenz in Wien im Jahr 1993. Dort wurde deutlich definiert, dass Menschenrechte unteilbar sind, dass Menschenrechte immer auch Frauenrechte sind. Zum anderen war die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 wegweisend. 189 Staaten nahmen die Aktionsplattform von Peking an. Sie verpflichteten sich unter anderem, die Armut von Frauen insbesondere in Entwicklungsländern zu bekämpfen sowie den gleichberechtigten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, zu Bildung und Gesundheit zu fördern. Seit der Konferenz haben mehr als 100 Regierungen eigene Genderstrategien entwickelt. Armutsbekämpfung ist nur möglich, wenn die Unteilbarkeit der Menschenrechte die Grundlage für entwicklungspolitische Arbeit ist. Gender Mainstreaming als politische Strategie

Eine zentrale politische Strategie in Deutschland ist das Gender Mainstreaming: In allen politischen Bereichen müssen Vorhaben daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Frauen oder auf Männer haben. Dadurch wird deutlich, dass unser Handeln immer auch eine Wirkung auf die Geschlechter und ihr Verhältnis zueinander hat. Unser Ziel ist es, Frauen wie Männern gleiche Chan-

cen der Mitwirkung und Mitgestaltung in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen.

Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe ist ein Instrument, das strukturelle Benachteiligungen von Frauen oder von Männern aufdeckt. Diese Strategie kann das Instrument der Frauenförderung nicht ersetzen. Dort, wo Benachteiligung offenbar wird, müssen Frauen gezielt gefördert werden. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichteten sich 1999 im Amsterdamer Vertrag für eine aktive Gleichstellungspolitik. In Deutschland haben sich die Bundesministerien mit dem Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1999 Gender Mainstreaming zur Querschnittsaufgabe gemacht.

Die Rolle der Frauen für die Entwicklung ihrer Länder steht im Zentrum der deutschen, seit zehn Jahren sozialdemokratisch geprägten Entwicklungspolitik. Im „Konzept für die Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von 2001“ wird ein richtungweisender Kriterienkatalog sowohl für Länderprogramme als auch für Projekte formuliert. Im Jahr 2008 wurde ein eigenes „Referat für Gleichberechtigung der Geschlechter, Menschenrechte, Kultur und Entwicklung“ im BMZ eingerichtet, um den umfangreichen Aufgaben im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und die Verbesserung ihrer Situation in den Partnerländern gerechter zu werden.

Das Gleichberechtigungskonzept des Bundesministeriums ist auch für die Arbeit der Durchführungsorganisationen bindend. Auf seiner Grundlage haben die KfW Entwicklungsbank, die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit der Deutsche Entwicklungsdienst und die InWEnt GmbH eigene Gleichstellungskonzepte bzw. Genderstrategien entwickelt und eingesetzt. Gender Mainstreaming wird als Querschnittsaufgabe sowohl bei der Gestaltung der internen Unternehmensstrukturen als auch bei der Umsetzung der Projekte der Entwicklungszusammenarbeit beachtet.

Die Nichtregierungsorganisationen leisten seit Jahren großartige Arbeit für und mit Frauen in der ganzen Welt. Auch sie orientieren sich am Gleichberechtigungskonzept des BMZ: Anträge auf Projektförderung müssen im Hinblick auf die Auswirkungen der Projekte auf Frauen und Männer geprüft werden, bei der Evaluierung spielen Genderaspekte eine wichtige Rolle.

Die deutsche Regierung tritt in internationalen Gremien und Konferenzen für Geschlechtergerechtigkeit ein. Im Jahr 2008 konzentrierte sich die UN-Frauenrechtskommission auf das Thema „Finanzierung von Geschlechtergerechtigkeit“. Dabei wurde der Zusammenhang zwischen der Finanzierung von Geschlechtergerechtigkeit und der Entwicklungsfinanzierung herausgestellt. Auch auf dem 3. „High Level Forum on Aid Effectiveness“ in Accra und während der zweiten Weltkonferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha wurde von deutscher Seite die wichtige Rolle der Frauen für den Entwicklungsprozess hervorgehoben.

Ausblick

Zentrales Ziel unserer Entwicklungspolitik wird es weiterhin sein, die Benachteiligung von Frauen abzubauen und ihre gleichberechtigte Teilhabe zu fördern. Frauen und Männer brauchen gleiche Chancen, um die Entwicklung ihrer Länder voranzubringen. Das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Engagement der Frauen muss Priorität in der Entwicklungszusammenarbeit haben.

Gender Mainstreaming bleibt in Zukunft unsere wichtigste Strategie für die Planung und Durchführung von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit. Die Mitarbeitenden in Regierungen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit benötigen weitreichende Trainings, um ihr Wissen über das Anliegen der Geschlechtergerechtigkeit zu vertiefen, die Akzeptanz von Gender Mainstreaming zu stärken und sie dabei zu unterstützen, den Ansatz in ihrer täglichen Arbeit umzusetzen. Die maßgebliche Grundlage für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit bleibt für uns die Aktionsplattform von Peking. Wir arbeiten und kämpfen dafür, dass wir nicht hinter die Ziele von Peking und Peking +5 zurückfallen.

In den Regierungsverhandlungen mit Partnerstaaten müssen das Empowerment von Frauen und der Einsatz von Gender Mainstreaming durch die Partnerregierung im Mittelpunkt stehen. Die Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit sollen ihre eigenen Gender-Strategien in allen Politikbereichen konsequent umsetzen. Ihnen muss klar sein, dass Verletzungen von Frauenrechten massive Menschenrechtsverletzungen darstellen. Sie sind auch nicht durch kulturelle oder religiöse Besonderheiten zu rechtfertigen. In allen Ländern dieser Erde sind die Menschenrechte unteilbar.